



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

REFERENTENENTWURF EINES GESETZES ZUR ANPASSUNG DES NATIONALEN STEUERRECHTS AN DEN BEITRITT KROATIENS ZUR EU UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER STEUERLICHER VORSCHRIFTEN

Am 21.03.2014 legte das BMF den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vor. In verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts habe sich unter anderem wegen des Beitritts Kroatiens zur EU fachlich notwendiger Gesetzgebungsbedarf ergeben. Das Gesetz diene der Umsetzung dieses fachlich notwendigen Gesetzgebungsbedarfs. Weitere Maßnahmen dienen der redaktionellen Anpassung nach anderen Gesetzgebungsverfahren und der Vereinfachung. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

G20-TREFFEN DIESE WOCHE

Am 27./28.03.2014 findet das zweite Sherpa-Treffen der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) in Australien statt. Voraussichtlich werden Strategien im Fokus des Treffens stehen, wie das globale Wirtschaftswachstum stärker angekurbelt werden könne.

Hintergrund: Pressemitteilung der G20: <http://goo.gl/8W0Vgs>

OECD UND KOM VERÖFFENTLICHEN PAPIERE ZUR BESTEUERUNG DER DIGITALEN WIRTSCHAFT

In dieser Woche haben die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die EU-Kommission Papiere zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft veröffentlicht. Vor dem Hintergrund, dass das internationale Steuerrecht vor dem Internetzeitalter konzipiert wurde, zielen beide Papiere auf eine effektivere Besteuerung der digitalen Wirtschaft ab.

Hintergrund:

Arbeitspapier der Expertengruppe der EU-Kommission vom 04.03.2014:
<http://goo.gl/RSN5eH>

OECD-Papier zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft vom 24.03.2014:
<http://goo.gl/84CwyV>

EDITORIAL

Liebe Leser,

erwartungsgemäß konnten sich die Finanzminister der Länder am gestrigen Donnerstag noch nicht auf die Details einer Neuregelung zur strafbefreienden Selbstanzeige einigen. Gleichwohl steht bereits fest, dass der Berichtigungszeitraum bei einfacher Steuerhinterziehung von bisher 5 auf 10 Jahre verlängert und eine Erhöhung des Strafzuschlags, wahrscheinlich von 5 auf 10 %, erfolgen soll. Eine Einigung wird für die Jahresfinanzministerkonferenz im Mai erwartet. Ziel ist ein Inkrafttreten der Neuregelung im kommenden Jahr. Auch die Bemühungen um eine Neuordnung der Besteuerung der digitalen Wirtschaft nehmen Form an. So hat die Kommission ein Arbeitspapier präsentiert, in dem sie auf Geschäftsmodelle und Eigenheiten der Branche eingeht und mögliche Implikationen für die Besteuerung darlegt. Darüber hinaus hat die OECD einen Diskussionsentwurf zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft mit der Bitte um Stellungnahme bis Anfang April veröffentlicht. Hybride Gestaltungen werden in einem weiteren Diskussionspapier der OECD unter die Lupe genommen. Das Thema Steuervermeidung bleibt damit ganz oben auf der Agenda.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 7

→ OUTGOING 8

vom 24.03. bis 28.03.2014

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

Beratung des Bundesratsfinanzausschusses zum Jahresgutachten 2013/14 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN ... 9 – 10

vom 26.03.2014

→ BMF-SCHREIBEN 11

vom 20.03. bis 27.03.2014

→ STATUS 12 – 18

zum 28.03.2014

Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014

Haushaltsbegleitgesetz 2014

Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 19 – 20

vom 29.03. bis 05.04.2014

Bundestag: keine steuerpolitisch relevanten Themen

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung 11.04.2014

Stakeholder: Parteitag der CDU Deutschlands

OECD VERÖFFENTLICHT DISKUSSIONSENTWURF ZUR VERHINDERUNG DOPPELTER NICHTBESTEUERUNG BEI HYBRIDEN GESTALTUNGEN

Im Juli 2013 veröffentlichte die OECD den „BEPS“-Aktionsplan. Der Aktionsplan identifiziert hybride Gestaltungen als eine der wichtigsten Ursachen von doppelter Nichtbesteuerung. Am 19.03.2014 hat die OECD nun zwei Diskussionsentwürfe mit Empfehlungen zur „Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung bei hybriden Gestaltungen“ veröffentlicht, mit denen Aktionspunkt 2 adressiert wird. Der erste Diskussionsentwurf enthält einen Vorschlag zur Änderung des nationalen Rechts. Mit dieser sogenannten Verknüpfungsregel würde die steuerliche Behandlung in einem Land von der Behandlung im anderen Land abhängig gemacht („Innerstaatlicher Diskussionsentwurf“). Der zweite Entwurf schlägt Änderungen des OECD-Musterabkommens („OECD-MA“) vor, um sicherzustellen, dass Einheiten mit hybriden Gestaltungen nicht unangemessen von den Abkommen profitieren („Abkommens-Diskussionsentwurf“). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

EU-ZINSBESTEUERUNGSRICHTLINIE ANGENOMMEN

Am vergangenen Montag, den 24.03.2014 hat der EU-Rat den seit Jahren blockierten Richtlinienentwurf (KOM(2008)727) angenommen, der die Regelungen zur Zinsbesteuerung (Richtlinie 2003/48/EG) verschärfen wird (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2013.52, 2013.22 und 2013.17). (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: MINDESTLAUFZEIT EINES GEWINNABFÜHRUNGSVERTRAGES UND VORLIEGEN EINES WICHTIGEN GRUNDES

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 6](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphere e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu

PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)